

EZB relativiert ihr Inflationsziel

Mit der Entscheidung, die drei Leitzinssätze unverändert zu lassen, hat die EZB ihre Pflicht, die Inflation dauerhaft auf ca. 2% zurückzubilden, faktisch preisgegeben. Sie vertraut darauf, dass sich die Rückbildung der Inflation in den letzten Monaten von selbst fortsetzt. Diese makroökonomische Argumentation überzeugt nicht, denn die Inflationsdynamik hält in Sektoren, die für die Lebenshaltung besonders sensibel sind (Lebensmittel), an. Dies gibt die EZB auch unumwunden zu. Hinzu kommt die relative Konjunkturschwäche im Euroblock: An einer zu starken Nachfrage kann die gegenwärtige Inflation in Höhe von 4,2% nicht liegen

Umso unverständlicher ist, dass die drei Schlüsselzinssätze unverändert bleiben. Die EZB bleibt also auf halbem Weg stehen und nimmt damit in Kauf, dass sich die Inflation nachhaltig deutlich über 2% einpendelt. Sie nimmt damit aus eigener Machtvollkommenheit eine Modifikation ihres Preisstabilitätsmandats vor. Die Bundesregierung – ohnehin umzingelt von selbst gemachten Problemen und scheinbar immer wenig handlungsfähig – kuscht vor der EZB von Madame Lagarde.

Wird mittlerweile von der *Ampel* und EZB in trauter Verbundenheit die deutsche Bevölkerung darauf vorbereitet, dass sie sich langfristig auf eine Inflation von deutlich mehr als 2% einzurichten hat ?

Dies wäre ganz nach dem Geschmack von Habeck und seinen grün-ideologischen Mitstreitern. Für sie ist die Schuldenbremse lästig und die Inflation eine Besorgnis von deutschen Spießern. Aus der Bundesregierung wird also kein Monitum kommen. Dabei ist nicht nur die Zinspolitik der EZB problematisch. Die Fortführung der Wiederanlage der PEPP Tilgungsbeträge bis Ende 2024 belässt das Geldaggregat des PEPP bei ca. 1,8 Billionen Euro. Eine stabilitätspolitisch nicht nachvollziehbare Entscheidung ! Sie wird nur erklärlich, wenn man das Steigen der Zinsen für Staatsanleihen besonders in Italien betrachtet. Die EZB missbraucht das PEPP seit geraumer Zeit als Notinstrument zur Subventionierung der Refinanzierungskosten der Hochschuldenländer. Dazu gehört auch Frankreich. Lagardes Heimatland.